

# Sozial-psychologische Determinanten der japanischen Wirtschaftsentwicklung

TSCHONGNAE SONG

Innerhalb eines Jahrhunderts seit der Meiji-Restauration 1868, die sich von seiner traditionellen Huldigung an China der westlichen Zivilisation zuwandte, hat Japan sich zu einer der größten Industrienationen der Welt entwickelt. Der Futurologe prognostiziert sogar „das japanische Jahrhundert“ (Herman Kahn) für das kommende 21. Jahrhundert. Diese Entwicklung, für die es unter den kapitalistischen Ländern kaum ein vergleichbares Beispiel gibt, wird angesichts ihres schnellen Tempos und ihrer relativ ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Startbedingungen 1868 von allen Ländern der Welt als ein erstaunenswertes geschichtliches Phänomen betrachtet. Sie wird gleichzeitig angesichts der Tatsache, daß Japan und die westlichen Industrienationen dieselbe Entwicklungsinstrumente, wie unter anderem das kapitalistische Wirtschaftssystem, den modernen rationalen Verwaltungsapparat, Wissenschaft und Technik usw. bedienen, aber auf verschiedenen geistig-kulturellen Boden gestanden haben, in letzter Zeit mit zunehmendem Interesse beobachtet.

Der Versuch zur Erklärung des japanischen Entwicklungsphänomens, die die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung ist, kann wegen der Komplexität des wirtschaftlichen Entwicklungsproblems aus verschiedensten Blickwinkeln unternommen werden. Die folgende Analyse beschränkt sich aber auf soziale und psychologische Aspekte der japanischen Wirtschaftsentwicklung und versucht, einige Determinanten, die die schnelle Wirtschaftsentwicklung mit beeinflußt zu haben scheinen, herauszufinden, wobei sich der Untersuchungszeitraum auf die Nachkriegszeit bezieht.

Für die wirtschaftliche Entwicklung spielen, rein ökonomisch gesehen, die Steigerung der Produktivität und die Beschäftigungsmaximierung der vorhandenen Arbeitskräfte die zentrale Rolle. Ihnen geht jedoch eine Reihe von Entscheidungen voraus, die die Menschen treffen, wobei neben den sachlichen Informationen verschiedene soziologische und psychologische Einflüsse in die Entscheidungen mit eingehen. Die ökonomische Aktivität ist daher zugleich auch als Folge bestimmter soziologischer und psychologischer Vorgänge bei den Entscheidungsträgern zu betrachten und wird damit weitgehend durch diese Vorgänge mitbestimmt. Um den japanischen Entwicklungsprozeß verstehen und sein wesentliches Charakteristikum hervorheben zu können, scheint es angesichts der sich von westlichen Industrieländern unterscheidenden sozialen und kulturellen Voraussetzungen aufschlußreich zu sein, besonders diese Vorfelder der ökonomischen Aktivität zu erhellen. Die Investitionsentscheidung eines Unternehmers, die die Ausweitung seiner Produktionskapazität und die Produktivitätserhöhung bezweckt, oder politische Entscheidungen und deren Durchführungen von Politikern und Beamten, die sich um eine größte poli-



tische und administrative Effizienz bestreben, kann z. B. der Leistungsmotivation dieser Menschen verantwortlich gemacht werden. Oder die politische Bevorzugung eines bestimmten Wirtschaftsbereiches oder der Wirtschaft überhaupt gegenüber anderen sozialen Tätigkeitsbereichen, kann mit einer bestimmten politischen Machtstruktur der betreffenden Gesellschaft in Verbindung gebracht werden.

Von solchen denkbaren Ansatzpunkten scheinen folgende Punkte zur Erklärung der japanischen Wirtschaftsentwicklung relevant zu sein. Gehören die Durchschnittsjapaner zu dem Menschentyp, der ein hohes Bedürfnis nach Leistung hat (im folgenden kurz die Leistungsmotivation genannt)? Wenn ja; gibt es in Japan soziale und psychologische Voraussetzungen dafür, daß individueller Leistungsdrang und -energie in hohem Grad auf ein bestimmtes Nationalziel integriert wird? Existiert ein nationales Ziel in Japan, das die wirtschaftliche Entwicklung günstig beeinflussen kann? Wenn ja; unter welcher Macht- und Wertstruktur der japanischen Gesellschaft war eine solche Zielsetzung und deren Realisierung möglich? Anschließend wird dann die Frage gestellt, welche Effekte aus diesen möglichen sozialen und psychologischen Faktoren auf staatliche und private Wirtschaftsaktivitäten und damit die wirtschaftliche Entwicklung in Japan ausgegangen sind?

### I. Leistungsmotivation einzelner Japaner

Unter der Leistungsmotivation versteht man, daß Personen wünschen und versuchen, „alles besser zu machen als bisher“ oder „die Dinge anders zu tun, um daraus Leistungsbefriedigung zu gewinnen“<sup>1</sup>. Der Leistungsempfänger kann dabei je nach der herrschenden Gesellschaftsstruktur entweder Leistender selbst (die Individuumbezogene Leistungsmotivation) oder Gruppe (die gruppenbezogene Leistungsmotivation), der der Leistende angehört, sein.

Es gibt verschiedene Untersuchungen über das Vorhandensein einer Leistungsmotivation im japanischen Gesellschaftsleben. McClelland<sup>2</sup> z. B. ermittelte mit Hilfe der experimentalen Methode die Niveaugröße der japanischen Leistungsmotivation für 1950, die mit 1.29 Punkten<sup>3</sup> unter den untersuchten 30 Nationen zu einer der niedrigsten Größenordnungen gehört. Dieses relativ niedrige Motivationsniveau steht jedoch mit tatsächlichen sozialpsychologischen Vorgängen in Japan kaum im Einklang. Ich kann hier den sehr starken Leistungswettbewerb<sup>4</sup> zwischen großen japanischen Unternehmungsgruppen als nur eines von vielen Beispielen nennen. Ein solches Beispiel legt die Vermutung nahe, daß diese wirklichkeitsfremde Niveaugröße sich aus der ermittlungsmethodischen Unzulänglichkeit ergeben haben müßte. Im übrigen hatte McClelland bei der Ermittlung in erster Linie die Individuumbezogene Leistungsmotivation ins Auge gefaßt, während die Japaner angesichts ihrer traditionell kollektivistischen Gesellschaftsstruktur eher die gruppen-

<sup>1</sup> McClelland, D., Die Leistungsgesellschaft. Stuttgart, Kohlhammer Verlag, 1966, S. 90 (Die Originalausgabe: The Achieving Society, Princeton 1961).

<sup>2</sup> Ich verweise auf dasselbe Werk von McClelland.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 134.

<sup>4</sup> Die Japaner selbst glauben, daß es sich hier um einen übermäßigen Wettbewerb handelt. Vgl. Miyasaki, Y., Der japanische Wirtschaftsmechanismus in der Nachkriegszeit (Aus dem japanischen Originaltitel übersetzt vom Verfasser). Tokyo, Shinhyoron, 1966, S. 31 ff.



bezogene Leistungsmotivation haben müßten, wenn bei ihnen eine Leistungsmotivation überhaupt existieren sollte.

Das Untersuchungsergebnis von Sakuda<sup>5</sup> scheint dagegen eher der psychologischen Wirklichkeit des Durchschnittsjapaners zu entsprechen. Er versucht, entgegen einer experimentellen Methode aus gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen Japans das Vorhandensein einer Leistungsmotivation zu erklären und zu verstehen, wobei er auf die gruppenbezogene Leistungsmotivation seine Aufmerksamkeit richtet.

#### a) Die soziale Verpflichtung der On-Houon-Lehre

Sakuda vertritt die These, daß das gesellschaftliche Verhalten des Japaners durch die gruppenbezogene Leistungsmotivation mitbeeinflußt wird<sup>6</sup>. Er begründet sie damit, daß die traditionelle On-Houon-Lehre (auf deutsch übersetzt: die Wohlwollen-Verpflichtung-Lehre) auf die Entstehung eines leistungsmotivierten Arbeitsethos großen Einfluß ausgeübt hätte, wie die protestantische Ethik nach der berühmten Hypothese von Max Weber den Arbeits- und Berufsethos des abendländischen Bürgertums entscheidend geformt hätte.

Diese Lehre, die in Japan als Kardinaltugend des gesellschaftlichen Moralsystems gilt, verpflichtet Menschen, sich im Sozialleben so zu verhalten, daß die in der gesellschaftlichen Hierarchie übergeordneten Personen den mit ihnen in einem Bindungsverhältnis stehenden, untergeordneten Personen bzw. die Gruppe den Gruppenangehörigen ein grenzenloses Wohlwollen erweisen, während diese ihre Loyalität bzw. Kindespietät gegenüber jenen halten. Der Begriff der Loyalität und Kindespietät wird aber in Japan weit gefaßt, so daß sie nicht nur das unerschütterliche Festhalten an eine eingegangene, zwischenmenschliche Bindung, sondern darüber hinaus einen Gefühlswert enthalten, in dem eine selbstlose Hingabe der untergeordneten Personen bzw. der Gruppenangehörigen an die übergeordneten bzw. die Gruppe sich ausdrückt. Nach der On-Houon-Lehre sind die Menschen in Japan deshalb verpflichtet, nicht nur der eingegangenen Bindung treu zu bleiben, sondern darüber hinaus an dem ihnen von der Gesellschaft eingeräumten Standort im Leben ihr Bestes zu leisten.

Die soziale Verpflichtung dieser Lehre gegenüber Eltern, Gruppen, Staat usw. trägt indessen den Charakter einer **Erbverpflichtung**<sup>7</sup>, die mit der Erbsünde der christlichen Religion vergleichbar ist. Sie wird dem einzelnen Japaner bereits bei seiner Geburt auferlegt und erlischt erst mit dem Tod, wodurch sich ein stärkeres Verpflichtungsbewußtsein im Sozialleben entwickeln und ständig wachgehalten werden konnte.

Das Herausfinden einer gesellschaftlichen Norm allein, die die Menschen zur Leistungshingabe verpflichtet, kann die Leistungsmotivation dieser Menschen noch

<sup>5</sup> Ich verweise auf den Aufsatz von Sakuda, G., Die Wertvorstellung des Japaners, S. 111 bis 154, in: Sumiya, M., Hrsg., Das Wirtschaftsverhalten des Japaners (Übers.). Toyo-keizashinbunsha, 1969.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 117.

<sup>7</sup> Vgl. Mida, M., Die Geistesstruktur des modernen Japans (Übers.). Tokyo, Goubundoshinsha, 1967, S. 156–157.



nicht befriedigend erklären. Woraus entspringt die geistige Energie des Japaners, die erst die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen ermöglicht? Max Weber erblickte die Energiequelle eines asketischen und disziplinierten Menschentypes des Protestantismus in der Hoffnung, dessen Gläubigen durch die Bemühung einer der offenkundig zu den Auserwählten gehörenden biblischen Personen bis ins kleinste ähnlich zu werden, von der Furcht vor ewiger Verdammnis befreit zu werden<sup>8</sup>. Sakuda glaubt die geistige Energiequelle eines HOUON-bewußten Menschentyps dagegen im Irdischen gefunden zu haben: das Gruppenleben und das Schuldgefühl.

Soziale Gruppen, die von Familien über Betriebe und Clans bis zum Staat reichen, bilden das Zentrum des japanischen Gesellschaftslebens. Der individuellen Lebenssphäre einzelner Menschen wird von der Gesellschaft kaum eine eigene Daseinsberechtigung zugesprochen. Sie ist in Japan weitgehend mit dem Gruppenleben identisch. Dabei genießen Gruppenmitglieder durch die Beteiligung am Gruppenleben aus den ihnen angehörenden Gruppen verschiedene, sichtbare materielle und ideelle Vorteile, die bei einem Betrieb z. B. von der betrieblichen Fürsorge für private Angelegenheiten der Betriebsangehörigen (z. B. die Heiratsvermittlung und die Hochzeitsveranstaltung) bis zu gemeinsamen Erholungsveranstaltungen reichen können. Sie erneuern dadurch frische geistige Kräfte für ihr soziales Verpflichtungsbewußtsein und ihre Pflichterfüllung. Wenn sie andererseits empfinden, daß sie ungeachtet vom Wohlwollen der Gruppen bzw. der übergeordneten Personen ihre von der Gruppe erwartete Verpflichtung nicht erfüllt haben, geraten sie angesichts des kategorischen Imperatives dieser Sozialnorm und deren Erbcharakter, mit beängstigendem Schuldbewußtsein, in Konflikt. Aus dieser Angst vor seelischem Druck bemühen sich die Japaner, sich normkonform zu verhalten, d. h. an der eingegangenen Bindung treu zu bleiben und ihr Bestes zu leisten.

Mir scheint es jedoch, daß der Begriff „Schamgefühl“ für die Erklärung der geistigen Energiequelle des Japaners für dessen soziale Pflichterfüllung mehr Aussagekraft als das Schuldgefühl besitzt. Manche Soziologen (darunter die Anthroposoziolegie R. Benedict) klassifizieren die japanische Kultur unter den Schamkulturkreis, die christliche abendländische Kultur dagegen unter den Schuldkulturkreis. In diesem Kulturkreis ist die innere Stimme von einzelnen Individuen (das Gewissen) als Stimme Gottes im Menschen die letzte effektive Kontrollinstanz der Individuen für deren soziales Denken und Handeln, während in jenem Kulturkreis der äußere Wert (das soziale Ansehen eines Individuum oder einer Gruppe bzw. die Gesichtswahrung) als Stimme der Gesellschaft die entsprechende Kontrollinstanz darstellt<sup>9</sup>. Wenn ein Durchschnittsjapaner gegen die herrschende Sozialnorm verstößt, so erlebt und empfindet er daher weniger einen Gewissenskonflikt und ein Schuldgefühl, sondern vielmehr eine soziale Verachtung und ein beängstigendes Schamgefühl, das häufig affektiv wird, und das zur seelischen Pression und gar bis zur im japanischen Gesellschaftsleben oft beobachtenden Absurdität führt. Wichtig ist es dabei, daß das Schuldbewußtsein eines Schuldkulturmenschen eine unterdrückende Funktion auf das normwidrige Sozialverhalten ausübt, während das Schambewußtsein eines Schamkulturmenschen eine fördernde Funktion auf das normkonforme Verhalten

<sup>8</sup> Vgl. McClelland, S. 92.

<sup>9</sup> Vgl. Fukutake + Hitaka, Die Vorlesung über die moderne Soziologie Bd. V. (Übers.) Tokyo, Yuhikaku, 1967, S. 12.



hat<sup>10</sup>, und daß daher dieses Bewußtsein im Vergleich zu jenem auf die Leistungsmotivation stärker erweckend wirken kann.

## b) Das soziale Geltungs- und Aufstiegsstreben

Als ein weiterer Triebfaktor für die Leistungsmotivation kann neben der auf der On-Houon-Lehre begründeten, sozialen Verpflichtung das soziale Geltungs- und Aufstiegsstreben genannt werden, worunter man das dem Menschen innewohnende Streben nach Anerkennung und nach höherer sozialer Position in der Gesellschaft versteht. Das scheint mit der vorhin erwähnten Verhaltensweise eines Schamkulturmenschen in einem engen Zusammenhang zu stehen. Sein Vorhandensein kann nicht nur auf Grund der Tatsache angenommen werden, daß das soziale Ansehen und die Gesichtswahrung einzelner Japaner für deren seelisches und soziales Leben eine elementare Rolle spielt, sondern auch verschiedene soziale Wirklichkeiten Japans scheinen es zu bestätigen. Daß die Karriereideologie in allen japanischen Bevölkerungsschichten weit verbreitet ist<sup>11</sup>, daß der Drang nach höherer Schulbildung im Vergleich zu BRD z. B. stärker ist (Studenten pro tausend Einwohner 1958: in Japan 7,1 und BRD 3,7)<sup>12</sup>, was mit jener Tatsache in Beziehung zu stehen scheint, und daß die staatlichen Universitäten, deren Schulgeld relativ billig ist und die je nach der Begabung für alle soziale Schichten geöffnet sind, als Kanäle für die Elitenrekrutierung und den sozialen Aufstieg gelten, was auf eine hohe soziale Mobilität Japans hindeutet, alle diese Tatsachen können als Beispiele dafür angeführt werden.

Das soziale Geltungs- und Aufstiegsstreben bildet ein zusätzliches, vielleicht entscheidendes Charakteristikum der japanischen Leistungsmotivation, das sich von anderen Völkern unterscheidet. Die Gruppen und Gruppenangehörigen in Japan begnügen sich nicht damit, „alles besser als bisher“ zu machen, sondern darüber hinaus erstreben sie, „alles besser als andere“ zu machen und von allen Leistungen „die Beste“ zu erbringen, damit sie von der Gruppe bzw. der Gesellschaft anerkannt werden und ein größeres soziales Ansehen erringen können<sup>13</sup>. „Die anderen“ können dabei sowohl Gruppenmitglieder und Fremdgruppen als auch andere Völker und Nationen heißen. Dadurch kommt ein das japanische Sozialleben kennzeichnender, reger Leistungswettbewerb vor allem zwischen Sozialgruppen zur vollen Entfaltung. Von einem westlichen Beobachter wurde dies sogar als „Leistungsfanatismus“<sup>14</sup> bezeichnet. Die große Anziehungskraft und die Zeitlosigkeit des Schlagwortes „Daiitschi“ (Nummer eins) bei dem breiten japanischen Leserpublikum und Alltagsleben sind als Reflexion dieser psychologischen Einstellung der Durchschnittsjapaner aufzufassen.

<sup>10</sup> Vgl. Sakuda, S. 123.

<sup>11</sup> Die Karrierebiographie von dem bekannten japanischen Elektroindustriellen Matsushida erreichte 1968 eine Auflage von 850 000. Vgl. Shinohara, H., Die politische Landschaft Japans (Übers.). Tokyo, Iwanami, 1969, S. 155.

<sup>12</sup> Vgl. Hedberg, H., Die japanische Herausforderung, Hamburg, Hoffmann und Campe, 1970, S. 28.

<sup>13</sup> Vgl. Morikawa, H., Triebkräfte der japanischen Unternehmertätigkeit (Übers.), S. 83, in: Sumiya.

<sup>14</sup> Hildebrandt, W., Siegt Asien in Asien? Göttingen, Musterschmidt-Verlag, 1966, S. 301.



## II. National integrierende Momente

Nachdem wir das Vorhandensein der Leistungsmotivation im japanischen Gesellschaftsleben festgestellt haben, gilt es nun, die Frage zu beantworten, ob es soziale und psychologische Voraussetzungen in Japan gibt, die imstande sind, Leistungswillen und -energie von einzelnen Menschen auf ein bestimmtes, nationales Ziel zu integrieren. Es sind der in der geistig-kulturellen Tradition Japans innewohnende Gruppengeist und der Nationalismus. Es ist bereits vorhin darauf hingewiesen worden, daß die Leistungsempfänger in Japan nicht die Leistenden selbst, sondern prinzipiell die Gruppen (einschließlich der Staat) sind, denen diese angehören. Wir wollen uns zunächst in diesen Punkt noch vertiefen.

### a) Der Gruppengeist

Der geistige Hauptstrom der traditionellen und mit gewisser Einschränkung auch heutigen japanischen Gesellschaft ist dadurch charakterisiert, daß die Gruppen, nicht aber die Individuen, Substanz und letztes Ziel der sozialen Wirklichkeit sind. Die Gruppe wird hier mit Sozialgebilde und Verband synonym gebraucht.

Das Gruppenbewußtsein. In der japanischen Gesellschaft hat sich im Verlauf seiner zweitausendjährigen Geschichte ein starkes Gruppenbewußtsein entwickelt. Man empfindet sich nicht als Einzelwesen, sondern als Glied eines Ganzen und hat das psychologische Bedürfnis, auch beim außerfamiliären Gesellschaftsleben irgendeiner oder mehreren Gruppen anzugehören. Dementsprechend gibt es in Japan viele Sozialgruppen, die von der Familie als Zelle der Gesellschaft bis zum Staat als höchste sakrosante Gruppeneinheit reichen. Dazwischen liegt wiederum eine Vielzahl von Sozialgruppen: Verbände, Betriebe, Fraktionen, Clans usw.

Auch die westlichen Industriegesellschaften kennen Gruppenbewußtsein und -bildung. Ihre andere geistig-kulturelle Tradition hat jedoch im Gegensatz zu der japanischen Gesellschaft das individualistische Bewußtsein einzelner Menschen stärker zur Entfaltung gebracht als das Gruppenbewußtsein. Der abendländische Humanismus und die Renaissance als geistiger Ursprung der heutigen westlichen Industriegesellschaft verabsolutierten die persönliche Freiheit und die Vernunft, und überordneten die Interessen, Ansprüche und Rechte des Individuums denen der Gruppen und der Gesellschaft.

Im japanischen Geistesleben dagegen dominieren trotz des spürbaren Einbruches von verschiedenen philosophisch-religiösen Denkrichtungen des Westens seit dem letzten Kriegsende nach wie vor die traditionellen Denkart wie der Konfuzianismus, der Buddhismus und der Shintoismus<sup>15</sup>. Der Shintoismus heiligt die soziale Gruppeneinrichtung und -verpflichtung und kennt nur eine kollektive Gottesgnade für Familie und Gemeinschaft, während der Buddhismus die Selbstlosigkeit predigt und der konfuzianistische Ahnenkult die Hoffnung auf den Beistand der Toten in verschiedensten Lebenslagen für die Familie erweckt. Unter dem Einfluß aller dieser philosophisch-religiösen Kräfte konnte ein starkes Gruppenbewußtsein heranwachsen.

<sup>15</sup> Vgl. Abegg, L., Ostasien denkt anders; eine Analyse des west-östlichen Gegensatzes, München, Kurt-Desch-Verlag, 1970, S. 365.



Aus der geistigen Tradition Japans entspringen nicht nur das Gruppenbewußtsein, das die psychologische Voraussetzung für das Gruppenleben schafft, sondern zugleich die Kardinalprinzipien, die divergierende Interessen- und Willensbestrebungen von Gruppenangehörigen und Sozialgruppen harmonisieren. Sie heißt On (Wohlwollen) und Houon (Verpflichtung), die wiederum in die zwei Kategorien — Chu (Loyalität) und Ko (Kindespietät) — gegliedert wird, und gelten in Japan als unantastbarer Sozialkodex.

Die Zentralprinzipien, die das japanische Familienleben, das als kleinste Einheit des Gruppenlebens gilt, regeln, sind das väterliche Wohlwollen und die Kindespietät. Ungeachtet der demokratischen Rechtspolitik seit dem Kriegsende steht der Vater nach wie vor an der Spitze der familiären Autoritätshierarchie und genießt eine uneingeschränkte Autorität. Er verfügt über die Entscheidungsmacht in bezug auf Familienangelegenheiten, übernimmt aber dafür die volle Verantwortung für das Dasein und den Werdegang seiner Familie. Die Familienangehörigen andererseits sind verpflichtet, ihm gegenüber gehorsam und ehrfürchtig zu sein und der Familie die Hingabe zu leisten. Bei der familiären Willensbildung hat das Interesse der gesamten Familienangehörigen den Vorrang vor den Einzelinteressen. Bei all dieser Autoritäts- und Rollenstruktur ist das das japanische Familiensystem bestimmende und prägende Element jedoch weniger die autoritäre, väterliche Gewalt, sondern vielmehr die verborgene, grenzenlose, elterliche Liebe, das rein menschliche Gebundenheitsgefühl und „die Harmonie der Selbstlosigkeit“<sup>16</sup>.

Die meisten außerfamiliären Sozialgruppen in Japan haben den Geist und die Organisationsform dieses Familiensystems übernommen. Diese beiden Elemente führen in der Regel zu einer Synthese mit der auf dem Rationalitätsprinzip beruhenden Organisationsform von europäischer Herkunft, oder bleiben informell in dieser verborgen. Die Prinzipien, die zwischenmenschliche Beziehungen in einer nicht-familiären Sozialgruppe harmonisieren sollen, sind das Wohlwollen des Gruppenführers und die Loyalität der Gruppenmitglieder. Daraus ergeben sich eine Autoritätsstruktur, bei der die Oyabun-Kobun-Beziehung (Führer und Gefolgsmann, Boß und Untergebener) als außerfamiliäre Parallele zu der Vater-Kinder-Beziehung zur Geltung kommt, und eine Willensbildungsmodalität, bei der der spontane Spruch gilt: Gruppeninteresse vor Einzelinteresse. „Aber im Gegensatz zum europäischen Führer-Gefolgschafts-Verhältnis sind bei der Oyabun-Kobun-Beziehung nicht die Kommandogewalt und die Genialität des Führenden von entscheidender Bedeutung, sondern die zwischenmenschliche Atmosphäre und das psychologische Klima“<sup>17</sup>. Diese Beziehung beruht also weniger auf einer rein vertraglichen Basis als vielmehr auf der menschlichen Gefühlsverbindung und der Spontaneität. Die stärkste Ausprägung einer solchen paternalistischen Organisationsstruktur ist besonders bei Betrieben und auch bei der staatlichen Bürokratie zu beobachten. Interessant dabei ist es, daß der betriebliche Paternalismus trotz des wachstumsbedingten schnellen Sozialwandels unverändert, sogar stärker in Erscheinung tritt.

Wie werden aber die Willenskonflikte zwischen verschiedenen Sozialgruppen, z. B. zwischen Familie, Betrieb und Staat, geregelt, zumal ein Individuum mehreren

<sup>16</sup> Japanische Soziologiegesellschaft, Hrsg., Soziologie (Übers.). Tokyo, Yuhikaku, 1968, S. 36.

<sup>17</sup> Vahlefeld, H. W., 100 Millionen Außenseiter; eine neue Weltmacht Japan. Düsseldorf, Econ-Verlag, 1969, S. 276.



Sozialgruppen angehören kann? Aus der jahrhundertelangen kulturgeschichtlichen Entwicklung Japans ist eine Rangordnung der Sozialnormen entstanden, wonach die soziale Wertung der Loyalität vor der Kindespietät rangiert. Die Szene des mittelalterlichen japanischen Theaterstückes, daß der treue Diener aus loyaler Gefühlsbindung mit seinem Herrn seinen leiblichen Sohn opfert, um den Sohn seines Herrn zu retten, deutet darauf hin. Aus dieser sozialen Normwertung ergibt sich eine hierarchische gesellschaftliche Willens- und Interessenstruktur, bei der im Prinzip das Interesse der Familie demjenigen anderer Sozialgruppen untersteht, die mehr einen gemeinnützigen Charakter (Betriebe, Staat) tragen und das Interesse von Betrieben wiederum demjenigen des an der Spitze der Willenshierarchie stehenden Staat untergeordnet wird. Dadurch sollen die Willenskonflikte zwischen verschiedenen Sozialgruppen, die in einer vertikalen Beziehung stehen, geregelt werden, was sich in der Wirklichkeit gut bewährt zu haben scheint. Die wichtige Feststellung dabei ist, daß die von der gesellschaftlichen Mehrheit akzeptierte, absolute Prioritätstellung des Staatswillens beim gesellschaftlichen Willensbildungsprozeß die Grundlage für eine beispiellose nationale Integration geschaffen hat, im Gegensatz zu China z. B., wo die soziale Wertung der Kindespietät mehr als die Loyalität galt und daher die zentrifugalen Kräfte von mächtigen Großfamilien während der einstigen chinesischen Feudalherrschaft ein ungelöstes Problem für die nationale Integration darstellten, was erst durch die kommunistische Revolution 1949 beseitigt worden zu sein scheint.

#### b) Der Nationalismus

Der entscheidende Impuls für die nationale Integration von individuellen Leistungsenergien kam aber aus dem geschichtsmächtigen japanischen Nationalismus, „wie ihn keine andere Industrienation der Welt aufweist“<sup>18</sup>. Der Nationalismus in der Vorkriegszeit hat seinen Ursprung in der machtpolitischen Bedrohung und der Demütigung durch die amerikanischen Flottendemonstration 1853 und in der darauffolgenden, zwangsweisen Öffnung der japanischen Häfen. Gefördert wurde er vor allem durch die Erhebung des Shintoismus zur Staatsreligion, der als geistiger Ursprung der japanischen Nationalidee gilt, und durch dessen verstärkte Verbreitung unter die breite Bevölkerung. Dadurch wurden das Nationalgefühl, das Sendungsbewußtsein und die Opferbereitschaft der Staatsbürger an die Nation erweckt und gar bis zur Aufgabe der eigenen Persönlichkeit und zur Verabsolutierung der Nation (die Vergöttlichung des japanischen Kaisers) gesteigert.

Der japanische Nationalismus hat den letzten Kriegszusammenbruch überlebt, aber nunmehr ein friedliches Gesicht erhalten. Verschiedene Faktoren haben dies bewirkt. Er fand diesmal seinen Ausgang in der Kriegsniederlage, die die Japaner in ihrer zweitausendjährigen Geschichte erstmals erlebten, und in dem daraus resultierenden Bedürfnis nach Steigerung ihres Selbstwertgefühles. Das Überleben des japanischen Nationalismus war also eine Reaktion auf den Gesichtsverlust der Japaner vor der Weltöffentlichkeit, der sich in einem Schamkulturland wie Japan emotional auswirken kann. Erleichtert wurde es durch die Neuorientierung der

<sup>18</sup> Ross, T., Japans Nationalismus treibt die Wirtschaftsexpansion voran, in: F. A. Z. 2. 8. 1969.



amerikanischen Besatzungspolitik, die angesichts der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes auf harte Liquidationsmaßnahmen gegen nationalistische Kräfte verzichtete. Da andererseits die nationalistisch-imperialistische Vergangenheit und die politische Verantwortung dafür in der innenpolitischen Auseinandersetzung Japans eine relativ geringe Bedeutung erlangte, konnten die alten nationalkonservativen Kräfte die Führungspositionen im Sozial- und Wirtschaftsleben weiterhin beibehalten und das Land beherrschen. Ihr Nationalbewußtsein ist dabei unerschüttert geblieben. Der Großmachtgedanke des verstorbenen letzten Ministerpräsidenten Ikeda und die erneut durch die Führungsmänner der japanischen Wirtschaft aufgetauchte Idee einer großasiatischen Wohlstandssphäre, einstmals ein imperialistisches Konzept, können als Beispiel dafür angeführt werden.

Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des japanischen Nationalismus in der Nachkriegszeit und der Zukunft ist und wird aber die Schulpolitik der nationalkonservativen Regierung sein, deren wichtiges Ziel unter anderem die Förderung des Staats- und Nationalbewußtseins der jungen Generation zu sein scheint<sup>19</sup>. Bereits 1951 wurden von dem japanischen Unterrichtsministerium „Grundzüge der Moralprinzipien“ veröffentlicht, in dem „ein stiller Patriotismus“ gepriesen wird. Die entscheidende Wendung der Nachkriegsschulpolitik kam aus dem Ergebnis des Ikeda-Robertson-Gesprächs 1953, bei dem der beschleunigte Ausbau des japanischen Verteidigungssystemes und eine Neuorientierung der japanischen Schulpolitik als Voraussetzung für dieses System beschlossen wurden, die von Grundsätzen der antitraditionellen, liberaldemokratischen Schulpolitik der Besatzungszeit mehr oder weniger abweicht und eine verstärkte Förderung des Patriotismus und Nationalbewußtseins der jungen Generation ermöglichen soll. Daraus entstand eine Reihe von Schulgesetznovellen. Der vorläufige Höhepunkt der schulpolitischen Entwicklung wurde erreicht, als der Zentralbildungsrat 1965 eine schulpolitische Empfehlung, genannt „das zu erwartende Menschenbild“, ausarbeitete, die wegen ihrer gewissen Ähnlichkeit mit der kaiserlichen Enzyklika für die Erziehung der Vorkriegszeit von manchen Linksintellektuellen kritisiert wurde<sup>20</sup>.

### III. Nationales Ziel

Gibt es in Japan ein nationales Ziel, auf dessen Realisierung die nationalen Kräfte vereinigt werden können? Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten hundert Jahre in Japan ist durch den beispiellosen nationalen Zielkonsens und die Anstrengungen aller Staatsbürger für die Zielverwirklichung gekennzeichnet, und dies scheint mir eine der charakteristischen Züge des japanischen Modernisierungsprozesses zu sein. Es hieß und heißt heute noch „die Einholung“<sup>21</sup> der Zivilisations- und Machtücke Japans gegenüber den westlichen Großmächten und gilt als nationaler Zielprimat.

Die Vorgänge in letzter Zeit, wie die ehrgeizigen Anstrengungen des Japaners um den Bau eines höchsten Turms und eines größten Tankers der Welt oder um die

<sup>19</sup> Vgl. Nakase, T., Die Ideengeschichte der japanischen Betriebsführung in der Nachkriegszeit (Übers.). Tokyo, Horysubunkascha, 1968, S. 163 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Shinohara, S. 158.

<sup>21</sup> Vgl. Shinohara, S. 162.



perfekteste Veranstaltung der Olympischen Spiele und die grandioseste Weltausstellung in der Geschichte sind nur aus dem psychologischen Hintergrund, „alles besser als die westlichen Industrienationen zu machen“, zu verstehen. Um dieses Ziel realisieren zu können, hatten die politischen Führungseliten der Vorkriegszeit „den Reichtum der Nation und die Stärkung der Wehrmacht“ als nationale Hauptaufgabe erhoben und propagiert, die zur Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses und zur kolonialen Eroberung von verschiedenen ostasiatischen Ländern führte. Seit dem Scheitern der militärischen Expansionspolitik durch die Niederlage des letzten Weltkrieges haben die Japaner ihre Energie auf eine einzige nationale Aufgabe konzentriert, und sie lautet: die Eroberung der Weltmärkte durch die wirtschaftliche Expansion.

Bei der nationalen Ziel- und Aufgabegestaltung haben gewiß sachliche Gesichtspunkte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt; unter anderem die politische Bedrohung durch die westlichen Großmächte in der Vorkriegszeit und durch China und die UdSSR in der Nachkriegszeit; die Schwäche des politischen Machtpotentials Japans, die aber nur durch die Vergrößerung des Wirtschaftspotentials zu beheben ist; die Rückständigkeit der japanischen Wirtschaftsstruktur. Andererseits scheinen auch psychologische und soziale Einflüsse nicht minder bedeutend gewesen zu sein. Die vorhin erwähnte Leistungs- und Geltungsmotivation und der Nationalismus können als Beispiele dafür genannt werden. Vor allem hat es aber in den letzten 100 Jahren der japanischen Geschichte eine sehr stabile und klare politische Machtstruktur gegeben, die eine solche politisch weitreichende Ziel- und Aufgabebestimmung und deren Durchführung ermöglichte, womit wir uns im folgenden befassen werden.

#### IV. Gesellschaftliche Machtstruktur

##### a) Die allgemeine Machtkonstellation

Trotz des von der einstigen Besatzungsmacht eingeleiteten gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses und des schnellen sozialen Strukturwandels (besonders des städtischen Konglomeratsprozesses der Bevölkerung und des Verlustes der früheren Mittelschichten – selbständige Landwirte, kleine und mittlere Unternehmer) in der Nachkriegszeit, der die nationalkonservative Herrschaftsstruktur der Vorkriegszeit nachhaltig hätte ändern können, haben die nationalkonservativen politischen Kräfte ihre parlamentarische Machtposition erstaunlich gut behauptet. Sie konnten bei jeder Unterhauswahl in dem Zeitraum 1945–1970 zusammen weit mehr als die absolute Mehrheit der gesamten Parlamentsitze erringen, die bei der Unterhauswahl 1951 und 1953 sogar bis etwa 74% erreichte. Ihr großer Teil hat sich 1955 zu der heutigen allein regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) zusammengeschlossen und behauptet seitdem im Durchschnitt etwa 60% der Parlamentsitze. Die fortschrittlichen Linksparteien konnten andererseits die 30%-Linie nicht überschreiten und wegen ihrer parteiinternen Zerrissenheit kaum eine konstruktive Opposition darbieten und ein wirksames Gegengewicht gegen die LDP bilden. Die sozialistische Partei Japans erlitt bei der letzten Unterhauswahl 1969 sogar eine vernichtende Niederlage. Diese erstaunliche Stabilität der Wählerschaftsstruktur



scheint vor allem auf die Konservierung des traditionellen, paternalistischen Beschäftigungsverhältnisses in Betrieben (auch städtischen Großbetrieben) und sonstigen sozialen Vereinen zurückzuführen sein. Der städtische Konglomeratsprozeß konnte allem Anschein nach die konservative politische Bewußtseinsstruktur der breiten Bevölkerung wenig beeinflussen.

Außerparlamentarische politische Kräfte sind auch in Japan ein fester Bestandteil des politischen Willensbildungsprozesses und haben von jeher Einfluß auf die Parlaments- und Regierungstätigkeit ausgeübt. Zu ihnen gehören unter anderem die Zaikai<sup>22</sup>, die staatliche Bürokratie, der Bauernverband, die Gewerkschaften und die Studentenverbände. Die letzten liefern der Öffentlichkeit zwar dauernd sensationelle Nachrichten, haben aber nur einen minimalen Einfluß auf die Regierungspolitik. Die japanischen Gewerkschaften, die erst durch die Showa-Verfassung 1946 legalisiert wurden, haben dagegen in letzter Zeit manche achtbare politische Erfolge erzielt, deren Bedeutung allerdings im Rahmen des gesamten politischen Willensbildungsprozesses Japans und vor allem im Vergleich zur politischen Durchschlagskraft von westlichen Gewerkschaften nur bescheiden erscheint<sup>23</sup>. Die Schwäche der japanischen Gewerkschaftsmacht beruht vornehmlich auf einer schwachen Entwicklung des Klassenbewußtseins der japanischen Arbeiterschaft und auf der damit verbundenen, auf einzelne Betriebsebenen dezentralisierten Organisationsform der Gewerkschaften. Der Bauernverband hat über agrarpolitische Fragen hinaus kaum politischen Einfluß. Die Zaikai und die staatliche Bürokratie dagegen scheinen den politischen Entscheidungsprozeß maßgeblich beeinflußt und mit der LDP gemeinsam die japanische Nachkriegsgeschichte (überhaupt die Geschichte der letzten 100 Jahre) entscheidend geprägt zu haben<sup>24</sup>.

#### b) Das nationalkonservative Machtkartell

Aus der bisherigen Betrachtung ragen die drei Hauptakteure auf der politischen Bühne Japans heraus: die LDP, die Zaikai und die Bürokratie. Sie stellen sich aber nicht als ein gegeneinander widerstrebender, unabhängiger politischer Träger dar, sondern schließen sich, gemeinsam auf dem nationalkonservativen Boden stehend, zu einem politisch kooperativen Machtkartell zusammen, das erst ihr einzelnes politisches Dasein gewährleistet, bilden die politische Führungsoligarchie des Landes und herrschen über das Land fast ohne effektive politische Kontrolle und Widerstand. Darin liegt das wesentliche Charakteristikum des politischen Entscheidungsprozesses Japans. Im folgenden werden die Macht, der Wille und die Art und Weise der politischen Symbiose der drei Hauptakteure kurz dargestellt.

Die Macht der LDP ist auf die nationalkonservative Wählerschaft gegründet. Deren Stimmenmehrheit und Stabilität bieten der LDP zwar eine sehr solide Machtgrund-

<sup>22</sup> Die das Interesse von Großunternehmungen vertretenden vier japanischen Wirtschaftsverbände.

<sup>23</sup> Vgl. Hax, K., Japan: Wirtschaftsmacht des fernen Ostens. Köln, Westdeutscher Verlag, 1961, S. 510.

<sup>24</sup> Ich verweise auf die folgenden Werke: Japanische Gesellschaft für die Politikwissenschaft, Hrsg., Parteien und Bürokratie des heutigen Japans — der Jahresbericht 1967 (Übers.). Tokyo, Iwanami, 1967; Suzuki, Y., Die Machtelite des heutigen Japans (Übers.), Tokyo, Banjo, 1967.



lage für die politische Willensbildung. Dies bedeutet aber noch lange nicht, daß die LDP auch die Fähigkeit hat, zur Verwirklichung ihres politischen Programmes ihre Macht maximal auszunutzen. Diese Fähigkeit hängt vor allem von der Beschaffenheit der inneren Parteistruktur ab.

Die LDP ist keine Mitgliederpartei, sondern eine Gefolgschaftenpartei. Sie bestand 1967 aus den 12 Fraktionen, die im einzelnen einen eigenen Fraktionschef hatten, unter dem sich dessen Gefolgschaft schart. Zwischen dem Chef und der Gefolgschaft herrscht das On-Houon-Prinzip. Die Aufgabe des Chefs besteht im Bemühen um die politische Karriere seiner Fraktion, während seine Gefolgschaft sich ihm zur Loyalität verpflichtet. Die Einzelfraktionen haben ein eigenes politisches Programm, eine Fraktionspublikation und einen Fraktionsfonds. Der Parlamentswahlkampf wird auch überwiegend durch die einzelnen Fraktionschefs geführt.

Da keine Fraktion über eine absolute Mehrheit von den Gesamtfractionen verfügte, wurde die Parteipolitik durch das Koalitionsspiel der Fraktionen bestimmt. Die absolute Mehrheit zustande gebrachte Koalition übernimmt die Führung der Partei und der Regierung für zwei Jahre. Die unterlegenen restlichen Fraktionen gehen in die Opposition innerhalb der Partei und verwalten in der Regel politisch irrelevante Ressorts. Dieses Machtverhältnis wird so lange bleiben, bis eine neue Koalitions-konstellation herausgebildet wird.

Dieses Mehrfraktionswesen hat sich auf die machtpolitische Beziehung zwischen der Parteiführung einerseits und dem Parlament und der Regierung andererseits ausgewirkt. Dank der Fraktionsdisziplin ist die Parlamentstätigkeit der LDP-Abgeordneten fast völlig von der Direktive ihrer einzelnen Fraktionschefs abhängig und unter eine strikte Kontrolle der Parteiführung gebracht. Die Existenz der Regierung andererseits hängt von dem Zusammenhalten der Koalition ab. Um einem Koalitionsstreit oder gar einer Gefährdung der Koalition vorbeugen zu können, wurden wichtige Regierungsentscheidungen in materieller Hinsicht auf die Koalitionsebene der Partei verlagert. Hier fielen praktisch alle wichtigen Regierungsentscheidungen<sup>25</sup>.

Die LDP hat zwar die Kontrollgewalt über das Parlament und Regierung, ihre Existenz und Tätigkeit selbst sind aber wiederum weitgehend auf die Zaikai und die Bürokratie angewiesen, weil sie keine Mitgliederpartei ist<sup>26</sup> und weil sie nur über eine mangelhafte organisatorische Voraussetzung darüber verfügt, politische Programme und Gesetzentwürfe zu erarbeiten. Die politischen Einwirkungen der Zaikai und der Bürokratie auf die LDP und damit die Regierung und das Parlament gehen so weit, daß die Wahlen der Parteiführung oft von der Zaikai gesteuert wurden<sup>27</sup> und daß viele politische Programme der LDP von der Bürokratie stammen<sup>28</sup>.

Seit dem Beginn des Industrialisierungsprozesses Japans sind die großen Finanzkonzerne ein politisches Faktum, das von dem politischen Geschehen Japans nicht

<sup>25</sup> Vgl. Mizawa, Grundzüge des politischen Entscheidungsprozesses, S. 16, in: Japanische Gesellschaft für die Politikwissenschaft.

<sup>26</sup> Sie hatte nur etwa 150 000 eingeschriebene Parteimitglieder und daher nur eine minimale eigene Möglichkeit für die Parteifinanzierung. Vgl. Watameki, J., Die politische Machtstruktur Japans (Übers.), Tokyo, Tokyo Universität Verlag, 1967, S. 65.

<sup>27</sup> Vgl. Suzuki, Y., Die Politik manipulierende Unternehmer; Wertvorstellung und Verhalten der Finanzkonzerne (Übers.). Tokyo, Nipponkeizaishinbunsha, 1967, S. 12.

<sup>28</sup> Vgl. Mizawa, S. 15.



wegzudenken ist. Sie waren nach der letzten Kriegsniederlage durch die Entflechtungspolitik zeitweise zerschlagen, sind aber inzwischen wieder entstanden und haben sich zu den vier größten Wirtschaftsverbänden Japans<sup>29</sup>, genannt Zaikai, zusammengeschlossen, die sich zu ihrem interessenpolitischen Aktionszentrum entwickelt haben.

Die politische Macht der Zaikai beruht auf der Finanzkraft der Verbandsunternehmen<sup>30</sup>. Sie hat einen gemeinsamen Fonds errichtet, dem die politischen Spenden von Betrieben und Unternehmen zufließen, und damit die Voraussetzung für ihre gemeinsame, einheitliche politische Aktion geschaffen, obwohl einzelne Spendenaktionen nicht zu übersehen sind. Der Rechtsträger dieses Fonds ist der von Zaikai gegründete „Volksverein“. Über die Höhe des Fondsbetrages liegt keine genaue Angabe vor. Die monatlichen Ausgaben der LDP werden aber fast ausschließlich von diesem Fonds finanziert; man schätzt sie auf mehrere hunderttausend Yen<sup>31</sup>. Außerdem unternimmt die Zaikai bei jeder Parlamentswahl eine gemeinsame Sammlungsaktion für die Wahlspende. Bei der Senatswahl 1965 soll diese mehr als 2 Md. Yen betragen haben<sup>32</sup>. Davon erhielt die LDP einen Löwenanteil. Nicht aber zu übersehen ist, daß die interessenpolitische Wirksamkeit dieser Riesenbeträge auf der fast 100%ig von den Spenden abhängigen Parteifinanzierung der LDP beruht.

Auf Grund dieser Tatsache ist die interessenpolitische Einflußmöglichkeit der Zaikai groß. Ihre Machtpolitik hat aber auch Grenzen. Angesichts des Fehlens einer kapitalistischen Regierungsalternative zu LDP kann sich die Zaikai einen ständigen interessenpolitischen Druck auf die LDP, der zur Instabilität der LDP, zum Zusammenbruch des heutigen konservativen Herrschaftssystems und schließlich zur Vernichtung ihrer eigenen Existenz führen kann, gar nicht leisten. Ihr Hauptinteresse politischer Aktionen richtet sich daher in erster Linie auf die Verteidigung des heutigen konservativen Herrschaftssystems. Der Erwerb von wirtschaftspolitischen Privilegien ist für sie von zweitrangiger Bedeutung. Die Bürokratie andererseits hat seit der Vorkriegszeit auf Grund einer unbestritten großen Autorität des Staates, der in Japan im allgemeinen mit der Verwaltung identifiziert wird, die Zaikai fest unter ihrer Kontrolle, so daß sie ein wirksames Gegengewicht gegen die Macht der Zaikai bilden konnte. Die traditionelle Loyalitätsnorm bringt aber ferner die Zaikai letzten Endes doch zur Staatsräson. Im übrigen herrscht in Japan, wie bereits gesehen, eine Denkweise, die eine klare Trennlinie zwischen privater und öffentlicher Sphäre kaum kennt und die wenig Verständnis für die moralische Fragwürdigkeit der Interessenpolitik hat. Die meisten japanischen Unternehmer haben den festen Glauben, daß sie im Dienste der Nation stehen und das Wohlergehen ihrer Betriebe zugleich das Wohlergehen ihrer Betriebsangehörigen und Nation bedeutet.

„Die staatliche Bürokratie unseres Landes bildet seit dem Bestehen der Meiji-Regierung eher einen Hauptteil als einen Bestandteil der Herrschaftsstruktur.“<sup>33</sup> Es

<sup>29</sup> Der Verband der Wirtschaftsbetriebe, der japanische Arbeitgeberverband, das japanische Komitee für die Wirtschaftsentwicklung und die japanische Industrie- und Handelskammer. Die Klein- und mittleren Unternehmer haben einen eigenen Verband.

<sup>30</sup> Die Marktmacht wird hier nicht berücksichtigt.

<sup>31</sup> Vgl. Suzuki, Die Politik manipulierende Unternehmer, S. 74.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 71.

<sup>33</sup> Tsuji, K., Studie über die japanische Staatsbürokratie (Übers.). Tokyo, Tokyo Universität Verlag, 1969, S. 242.



ist kaum übertrieben, zu behaupten, daß der japanische Modernisierungsprozeß hauptsächlich von der Bürokratie gesteuert wurde. Nicht ohne Grund wird die politische Herrschaftsform der Vorkriegszeit der Beamtenstaat genannt. Diese politische Situation trifft nur mit einer gewissen Einschränkung weitgehend auch für die Nachkriegszeit zu. Die Tatsache, daß alle drei Ministerpräsidenten in dem Zeitraum 1957–1970 und 43%<sup>34</sup> aller Minister vom 3. Hatoyama-Kabinett 1955 bis zum 1. Sato-Kabinett 1964 aus der Bürokratie stammten, deutet die führende Rolle der Bürokratie beim politischen Entscheidungsprozeß Japans an.

Die Macht der japanischen Bürokratie beruht zunächst auf ihrer hohen beruflichen Qualifikation, die auch von westlichen Japankennern<sup>35</sup> anerkannt wird. Der Industrialisierungsprozeß begann auch in Japan mit dem Aufbau eines leistungsfähigen Verwaltungsapparates. Um die besten Köpfe der Nation rekrutieren zu können, führte der Staat als Auslesesystem die staatliche Prüfung für die höhere Beamtenlaufbahn ein und räumte den Beamten die Beförderungsmöglichkeit bis zum höchsten Staatsamt und damit die schnellste soziale Aufstiegschance ein. Alle sozialen Karriereaspiranten und die besten Köpfe des Landes strömten daher der Verwaltung zu. Die Beamten wurden die Elite von Eliten und genossen ein ungemein hohes soziales Ansehen. Diese Tradition wurde bis heute im wesentlichen beibehalten. Ein weiterer Machtfaktor ist die hochgradige Praktizierung der politischen Planung in Japan und die damit verbundene, zunehmende fachliche Spezialisierung der Politik, die die spontane Interventionsmöglichkeit der politischen Organe in die Verwaltung erschwert und die Führungsrolle der Politiker für den Entscheidungsprozeß herabsetzt. Die machtpolitische Bedeutung der unmittelbaren Verwaltung von unzähligen politischen Lenkungsinstrumenten (Gesetze, Budget usw.) durch die Bürokratie braucht hier gar nicht weiter erläutert zu werden.

Die führende Machtposition der Bürokratie innerhalb des nationalkonservativen Machtkartells ist zwar nicht zu bestreiten. Um ihre Idee verwirklichen zu können, braucht sie aber die Unterstützung der LDP und der politischen Organe und, was die Wirtschaftsbürokratie betrifft, die Mitarbeit der Zaikai. Ihre Karriere ist also mehr oder weniger auf diese beiden Machtträger angewiesen. Außerdem scheiden die höheren Beamten nach einem ungeschriebenen Gesetz bereits zwischen dem 50. und 55. Lebensjahr aus ihrer aktiven Laufbahn aus und müssen sich um eine zweite Berufslaufbahn bemühen. Die meisten, in den Ruhestand getretenen höheren Beamten wurden zwar dank ihrer hohen Qualifikation von der LDP und den Großkonzernen vorzugsweise in deren Führungsreihe aufgenommen. Mit Rücksicht auf ihre zweite Berufskarriere müssen sie sich aber darum bemühen, eine gute Beziehung zu ihren künftigen Wirkungsstätten während der derzeitigen Verwaltungstätigkeit zu pflegen.

Zusammenfassend: die nationalkonservativen politischen Kräfte Japans herrschen über das Land. Sie werden von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt und verfügen über die politischen Herrschaftsinstrumente wie den leistungsfähigen Verwaltungsapparat und den politischen Finanzfonds. Darüber hinaus ist ein geschlossenes stabiles Herrschaftssystem durch die personelle und interessenmäßige Verzahnung und durch das intensive Kommunikationsnetz zwischen der LDP, der Bürokratie und der Zaikai etabliert.

<sup>34</sup> Vgl. Mizawa, S. 17.

<sup>35</sup> Vgl. Hedberg, S. 27.



Angesichts des eindrucksvollen Wachstumsprozesses, den die japanische Wirtschaft seit Beendigung des 2. Weltkrieges durchgemacht hat, stellt sich die Frage, welche Einflüsse von den bisher erwähnten, soziologischen und psychologischen Faktoren auf ihn ausgegangen waren. Diese Frage exakt zu beantworten, stößt allerdings auf unüberwindliche methodische Schwierigkeiten. Im folgenden müssen daher in erster Linie Anhaltspunkte und Kriterien sie zu klären helfen. Von möglichen mannigfaltigen Einflüssen sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht sollen hier nur einige Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

## V. Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung

### a) Das wachstumsorientierte wirtschaftspolitische Ziel-Mittelsystem der Regierung

Seit dem Ende des letzten Krieges wurde die japanische Wirtschaftsentwicklung in starkem Ausmaß durch die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates mitbestimmt. Der wirtschaftspolitische Zielkatalog der japanischen Regierung enthielt die Ziele, die im allgemeinen auch westliche Industriestaaten in ihre Regierungsprogramme aufgenommen hatten. Ein deutlicher Unterschied des wirtschaftspolitischen Zielsystems zwischen Japan und dem Westen liegt dagegen in ihrer Prioritätsskala. Während die westlichen Länder die 3 bzw. 4 Ziele — die Preisstabilität, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, die Vollbeschäftigung und das Wachstum — im Kompromiß möglichst gleichzeitig zu erreichen suchten, erkannten die Japaner, abgesehen von der durch die einstige Besatzungsmacht eingeleiteten Stabilisierungspolitik 1949—1952, dem Wachstum die klare Primatstellung aller Ziele zu, die in dem Wiederaufbauplan (1948) und den II.—V. langfristigen Wirtschaftsplänen proklamiert wurden<sup>36</sup>. Diese Zielhierarchie stand nicht nur auf dem Papier, sondern wurde durch die ausgesprochen wachstumsfreudige Wirtschaftspolitik der Regierung und durch die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung bestätigt.

Alle anderen Ziele wurden dem Wachstumsziel untergeordnet, wovon wiederum die Ziele, die mit dem Wachstum in einem Komplementärverhältnis stehen, eine relativ größere Bedeutung innerhalb der Zielhierarchie erlangten. Das Postulat des Zahlungsbilanzausgleiches z. B. wurde angesichts einer knappen Währungsreserve und der zum großen Teil vom Ausland abhängigen Rohstofflieferung zur grundlegenden Bedingung für das Wachstum gemacht. Eine ebenso eminente Bedeutung erlangte die rationale Faktorallokation zur Modernisierung der Produktions- und der Betriebsstruktur, die als elementare Voraussetzung für ein schnelles Wachstum galt. Einer ausreichenden Infrastrukturinvestition wurde zwar bei jedem Plan große Aufmerksamkeit geschenkt. Sie kam jedoch in erster Linie jenen Infrastrukturbereichen zugute, die für die industrielle Entwicklung unerlässlich waren, während die Wohlfahrteinrichtungen wie das Gesundheitswesen, die Kanalisierung usw. sehr vernachlässigt wurden. Die Stabilhaltung des allgemeinen Preisniveaus ist angesichts der schnellen Steigerung des Lebenshaltungspreises seit 1961 zwar wieder in den

<sup>36</sup> Vgl. Wirtschaftsplanungsamt, Hrsg., *Der Wiederaufbauplan (1948—52)*, *Der neue langfristige Wirtschaftsplan (1958—62)*, *Der Einkommensverdopplungsplan (1961—70)*, *Der Interimplan (1964—68)*, *Der Plan für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung (1967—71)*. Tokyo, das Finanzministerium.



Vordergrund der Zielhierarchie gerückt, aber bis heute in der Praxis niemals ernsthaft betrieben worden. Der Einkommensumverteilung, die kurzfristig auf das Wachstum eine konträre Wirkung haben kann, wurde im Gegensatz zu den meisten westlichen Industrieländern kaum eine nennenswerte wirtschaftspolitische Beachtung geschenkt. Erst angesichts der in letzter Zeit allmählich problematisch werdenden Verschleißerscheinungen des schnellen Wachstumsprozesses Japans gewannen die sozialpolitischen Ziele bei dem letzten V. Wirtschaftsplan an Bedeutung.

Entsprechend dem Wachstumsprimat der japanischen Wirtschaftspolitik wurde eine Entwicklungsstrategie konzipiert, die eine besondere japanische Note trägt. Sie stützt sich im wesentlichen auf die zwei strategischen Knotenpunkte: die Sicherung der Zahlungsbilanz und die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, wobei strukturpolitische Lösungsgesichtspunkte, die also in der Regel einen sozialen Wandel und soziale Spannungen mit sich bringen, aber für das japanische Wirtschaftsverhältnis am meisten Erfolg versprechen können, in den Vordergrund der Strategie gestellt wurden. Die Steigerung der Produktivität z. B. wurde vornehmlich durch die gezielte Allokation der Produktionsfaktoren zu erreichen versucht, bei der die Schwer- und Chemieindustrie, die eine höhere Produktivitätssteigerungsmöglichkeit und eine höhere Einkommenselastizität der Nachfrage erweisen, gegenüber allen anderen Wirtschaftszweigen den Vorzug erhielten. Die Großunternehmen, die größere Chancen haben, auf den Weltmärkten zu konkurrieren, waren dabei gegenüber kleinen und mittleren Betrieben ebenfalls bevorzugt. Diese Faktorallokationen versprachen zwar einen raschen Strukturwandel und ein schnelles Wachstum, mußten aber dafür eine ungleichgewichtige Sozialentwicklung mit ihren Mißständen in Kauf nehmen.

Um die gesetzten Ziele, in allererster Linie das Wachstum, zu erreichen, haben die Japaner verschiedene wirtschaftspolitische Instrumente entwickelt, von denen 2 Instrumente – die indikative Planung und das Beiratssystem – besonders hervorzuheben gelten, von denen im Vergleich mit den überwiegenden westlichen Industrieländern sehr intensiv Gebrauch gemacht wurde. Es gibt bei der wirtschaftspolitischen Praxis der japanischen Regierung eine Vielzahl von Wirtschaftsplänen (meistens handelt es sich um die Entwicklungs- und deren Durchführungspläne), die den staatlichen und privaten Entscheidungsträgern zur vorausschauenden Koordinierung ihrer verschiedenen Tätigkeiten dienen sollen. Ein großer Teil der Pläne und Maßnahmen wurde durch die Verwaltungen und die Beiräte gemeinsam erarbeitet, die aus Vertretern der Wirtschaft (meistens der Zaikai) und aus Experten bestehen und die nach einzelnen Problembereichen den Verwaltungen untergeordnet sind. Das Industrie- und Außenhandelsministerium allein hatte z. B. im Jahr 1966 39 ständige Beiräte. Dazu kommen noch die Ad-hoc-Beiräte. Aus dem Gebrauch dieser beiden Instrumente ist es leicht zu erkennen, wie intensiv die Koordination und Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Sachverständigen praktiziert werden.

Die bisherige Untersuchung zeigt, daß das ganze wirtschaftspolitische Ziel-Mittel-System Japans, abgesehen von einer kurzen Periode der Stabilisierungspolitik, schwerwiegend auf eine schnelle Wachstumsrealisierung aufgebaut wurde, ohne dabei auf systembedingte, soziale Spannungen und Mißstände viel Rücksicht zu nehmen. Die tatsächlichen Wirkungen dieses Systems auf die japanische Wirt-



schaftsentwicklung im einzelnen selbst zu analysieren, ist nicht unsere Aufgabe. Für unsere weitere Betrachtung genügt hier die Feststellung, daß die bis jetzt vorliegenden, überwiegenden analytischen Ergebnisse<sup>37</sup>, obwohl sie durch weitere empirische Untersuchungen ergänzt werden müssen, einen positiven Einfluß der Wirtschaftspolitik auf das schnelle japanische Wachstum zu bestätigen scheinen.

Was aber aus der bisherigen Analyse an dieser Stelle hervorgehoben werden soll, ist die Erkenntnis, daß die Entscheidung eines derartigen wirtschaftspolitischen Ziel-Mittel-Systems Japans ohne solche vorhin erwähnten psychologischen und sozialen Voraussetzungen kaum möglich gewesen wäre. Die Primatstellung des Wachstums in der Zielhierarchie, die notwendigerweise mit einer zeitweise weitgehenden Zurücksteckung anderer Ziele, vor allem der sozialpolitischen, verbunden ist und die in westlichen Industrieländern kaum eine Parallele finden, hat sich für einen so langen Zeitraum sicherlich deshalb behaupten können, weil die gesellschaftliche Mehrheit gewillt war, den zivilisatorischen Rückstand gegenüber dem Westen möglichst schnell einzuholen und ihr stark erlittenes Selbstwertgefühl zu rehabilitieren, und weil sie auch bereit war, dafür ihr persönliches Opfer zu bringen. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die eine dualistische Sozialentwicklung mit sich bringt, müßte in einer pluralistischen westlichen Gesellschaft wahrscheinlich an sozialen Widerständen scheitern. Die Tatsache, daß sie aber in Japan ohne soziale Unruhe praktiziert wurde, dürfte im wesentlichen auf das traditionelle, loyale Verhalten der betroffenen Sozialschichten gegenüber dem Staat und deren Geduld zurückzuführen sein. Ferner in einer Gesellschaft, wo die Staatsautorität unbestritten groß ist und die gesellschaftliche Geltung des Gruppenwillens (einschließlich des Staatswillens) vor dem individuellen Willen rangiert, und wo Partei, Verwaltung und Wirtschaft derartig miteinander enge Beziehungen pflegen, erfährt die Planung im Gegensatz zum Westen kaum einen ideologischen Widerstand, und die Koordination und die Kooperation verschiedener Wirtschaftstätigkeiten der Sozialgruppen sind leichter realisierbar.

#### b) Die starke Investitionsneigung der Privatunternehmer

Solche Überlegungen können aber auch für das Verhalten der Unternehmer und der Arbeitnehmer gestellt werden. Bei der Analyse von ökonomischen Bestimmungsfaktoren des japanischen Wirtschaftswachstums wird an erster Stelle die ungewöhnlich hohe Privatinvestitionstätigkeit berücksichtigt. Die private reale Anlageinvestition hat im Zeitraum 1955—1966 im Jahresdurchschnitt etwa 14%<sup>0</sup> zugenommen, und ihre Anteilquote an dem Bruttosozialprodukt hat sich damit von 13,8%<sup>0</sup> 1955 auf

<sup>37</sup> Ich verweise auf die folgenden Werke: Komiya, R., Hrsg., Das japanische Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit (Übers.). Tokyo, Iwanami, 1965; Fujino + Uadakawa, Hrsg., Die Finanz- und Kreditpolitik und das Wirtschaftswachstum (Übers.). Tokyo, Geisou, 1967; Shinohara, M., Die Wirtschaftsstruktur (Übers.). Tokyo, Jikuma, 1967; Okita, S., Der japanische Wirtschaftsplan (Übers.). Tokyo, Shiseitou, 1962. The Economist, Hrsg., The Risen Sun, 27. Mai, 3. Juni, 1967; von Dohnanyi, K., Japanische Strategien oder das deutsche Führungsdefizit, München, Piper Verlag, 1969.



23,6<sup>0</sup>/o 1966 erhöht<sup>38</sup>. Diese liegt wesentlich höher als bei westlichen Industrieländern.

Der ökonomische Faktor, der diese hohe Investitionsneigung der japanischen Unternehmer bestimmte, war vor allem das Streben nach der Umsatzmaximierung der Unternehmung und damit die Behauptung und Vergrößerung deren Marktanteil<sup>39</sup>. Ermöglicht wurden die umsatzmaximierungsorientierten, expansiven Investitionen durch ein Bankensystem, das unorthodoxerweise die Funktion eines Kapitalmarktes übernahm und Investitionstätigkeiten der Unternehmungen wagemutig und expansiv finanzierte. Die Gewinnmaximierung, die im Westen im allgemeinen das Hauptinvestitionsmotiv ist, spielte für die Investitionsentscheidung der japanischen Unternehmer dagegen nur eine zweitrangige Rolle. Der hohe Gewinnzuwachs der Großunternehmungen, der aus ihrer ständig hohen Produktivitätssteigerung durch technische Neuerungsinvestitionen und aus einer im Vergleich zu dieser Produktivitätssteigerung langsameren Lohnentwicklung resultierte, unterstützte allerdings ihr expansives Investitionsverhalten, indem er neben der Bankenfinanzierung einen weiteren Spielraum für die Investitionsfinanzierung bot.

Dieser für das westliche Verhältnis ungewöhnliche Investitionsmechanismus kann jedoch nur im Zusammenhang mit dahinter wirkenden, sozial-psychologischen Triebkräften verstanden werden. Infolge der Neuorientierung der Antimonopolpolitik im Anfang der 50er Jahre sind die zerschlagenen alten Zaibatsu (Familienkonzern) bald wieder in einer anderen Organisationsform umgruppiert und daraus verschiedene Unternehmungsgruppen wie Mitzui, Mizubishi, Sumimoto usw. entstanden, die meistens unter Führung von ihren einzelnen Hausbanken stehen. Zwischen diesen Gruppen ist dabei ein scharfer Wettbewerb darum entfacht, welche Gruppe in der japanischen Wirtschaft die Führungsrolle spielt, den Rückstand gegenüber westlichen Vorbildunternehmungen am schnellsten einholt, über modernste Produktionsanlagen verfügt, am meisten neue Erfindungen bringt usw. Motiviert wurde er dabei dadurch, daß die einzelnen Gruppen einen größten Beitrag zur Realisierung des nationalen Zieles zu leisten und damit ein größeres soziales Ansehen zu erringen hoffen<sup>40</sup>. Bei der Investitionsentscheidung der Großunternehmungen traten daher nicht die Gewinnmaximierung, sondern vor allem die Umsatzmaximierung als Entscheidungskriterium in den Vordergrund, was natürlich ihre Investitionstätigkeit nur beschleunigte. Die großen Geschäftsbanken, die ihre eigene Unternehmungsgruppe führen und kontrollieren, trieben andererseits eine risikofreudige expansive Darlehenspolitik, um im vorhin erwähnten Gruppenwettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

Solche für den Durchschnittsunternehmer des Westens kaum denkbare wagemutige, spielerische Investitions- und Darlehenspolitik wären dabei jedoch ohne traditionell vertrauliches Verhältnis zwischen dem Staat und der Zaikai sicherlich kaum möglich gewesen. Die japanischen Großunternehmer wissen allzu sehr, daß der Staat nicht untätig bleiben wird, wenn ihre Unternehmungen in eine Schwierigkeit geraten. Der Staat bedeutete also für sie bis zu einem gewissen Grad die Rückversicherung ihres

<sup>38</sup> Wirtschaftsplanungsamt, Hrsg., Der statistische Jahresbericht für das Volkseinkommen 1968 (Übers.). Tokyo, Finanzministerium 1968, S. 80—81.

<sup>39</sup> Vgl. Miyasaki, S. 55.

<sup>40</sup> Vgl. Morikawa, S. 83.



Unternehmensrisikos, und dies fördert natürlich wagemutige Entscheidungen und Unternehmen der japanischen Konzerne.

c) Das starke betriebliche Zugehörigkeitsbewußtsein der Arbeitnehmer

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer andererseits ist in Japan nach wie vor durch die paternalistische Atmosphäre beherrscht, während es im Westen weitgehend versachlicht worden ist. Das betriebliche Zugehörigkeits- und Verpflichtungsbewußtsein der japanischen Arbeitnehmer ist im allgemeinen so stark, daß man zu antworten pflegt, zuerst der Angehörige von Hitachi (der bekannte japanische Elektrokonzern) zu sein und dann X Y zu heißen, wenn man über seine Personalien gefragt wird<sup>41</sup>. Seine Auswirkung auf die Arbeitsintensität und -produktivität liegt auf der Hand. Nach einer international vergleichenden Untersuchung über die Arbeitsintensität eines Arbeiters, deren Ergebnis ein Schweißindex war, hat der Amerikaner bei dem internationalen Durchschnittswert von 100 eine Arbeitsintensität von 70, der Japaner dagegen 130<sup>42</sup>.

Die gewerkschaftliche Ideologie des Westens beruht auf dem Solidaritätsprinzip bestimmter gesellschaftlicher Schichten, also einer horizontalen Solidarität. Auch das Klassenbewußtsein ist Ausdruck dieser horizontalen Solidarität. Unter dem dominierenden Einfluß der traditionellen On-Houon-Lehre und des betrieblichen Paternalismus bestimmt jedoch die vertikale Solidarität, die sich in der Loyalität der Betriebsangehörigen gegenüber dem Unternehmenseigner äußert, in erster Linie das Verhalten der Betriebsangehörigen in deren Beziehung zu dem Arbeitgeber. Sie verhinderte die Entwicklung eines Solidaritätsgefühls der Arbeiterklasse im westlichen Sinne, insbesondere eines proletarischen Klassenbewußtseins<sup>43</sup>, und hinterließ eine nachhaltige Wirkung auf die japanische Gewerkschaftsbewegung. Die Tatsache, daß die Löhne in Japan in dem Zeitraum 1955–1965 im Gegensatz zu den meisten westlichen Industrieländern im Durchschnitt langsamer als die Produktivität gestiegen waren<sup>44</sup> und dadurch ein hoher Unternehmerngewinnzuwachs und damit die Investitionsfinanzierung ermöglicht wurde, ist zwar auf eine relativ günstige Arbeitskraftreserve und eine durch die technische Innovation bedingte, ungewöhnlich schnelle Produktivitätssteigerung zurückzuführen. Die schwache Machtstellung der japanischen Gewerkschaft dürfte sie aber auch nicht unwesentlich beeinflußt haben.

<sup>41</sup> Vgl. Dore, R. R., Der soziale Hintergrund der japanischen Wirtschaft, S. 87, in: Die japanische Wirtschaft Bd. III (Übers.). Tokyo, Nipponkeizaishinbunsha, 1966.

<sup>42</sup> Hedberg, S. 28.

<sup>43</sup> Vgl. Hax, S. 53.

<sup>44</sup> Kamata, I., Das Wirtschaftspotential und die Wettbewerbsfähigkeit Japans (Übers.). Tokyo, Godansha, 1967, S. 191.